

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1870**

28.1.1870 (No. 23)



# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Insertionsgebühr:  
die gewöhnliche Zeitungs- oder deren  
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Nr. 23.

erschint täglich (Montag ausgen.)  
Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post be-  
tragen 1 fl. 28 kr. vierteljährlich.

Freitag, 28. Januar

## Eine der mancherlei Verkehrtheiten

innerhalb des Rahmens unserer bermaligen politischen Auffassungen, und zwar die allerverderblichste, ist die Theorie vom „Mehrheitsregiment“, oder wie man sich gewöhnlich ausdrückt, von der „Demo-Kratie“ oder „Volks-Herrschaft“. Es gibt keinen Menschen und keine Seele, die nicht dem Satze zustimme, nur was „recht“ ist, solle geschehen und zur Durchführung kommen; was aber „recht“ sei, darüber herrscht eine wahrhaft chaotische Verwirrung.

In Spree-Athen haben die guten Leute seit 1866 herausgebracht, daß die Gewalt das Rechte sei, in Wien ist vom Liberalismus der neuen Aera die Sache derart gedreht und gewendet worden, daß ein Jeder Recht behält, wenn er Geld hat, und bei den „Demokraten“ endlich braucht man nur einen Volkshaufen beliebig zusammenzutrommeln, und abstimmen zu lassen, so erfährt man alsbald haarscharf, was Rechtens sei.

Über Nr. I., das offene Gewaltrecht, hier nur ein Wort zu verlieren, halten wir für überflüssig; gegen Nr. II., die Börsenherrschaft nämlich, wird demalen von rechts wie links Sturm gelaufen, und steht deren seliges Ende, so Gott will, in kurzer Zeit zu erwarten; über den dritten Punkt aber, über die Majoritäts-herrschaft, wird es ohne Zweifel noch harte Kämpfe geben.

Im Großherzogthum Baden ist ein solcher Kampf bereits in hellen Flammen, und zwar wegen der kirchlichen Stiftungen, ausgebrochen. Diese Stiftungen sind nicht unbedeutend, und gelüftete es schon längst die „liberale“ Bürokratie, sich derselben zu bemächtigen, natürlich aus Gründen der „Aufklärung“.

Die Kirche widersetzte sich aber ganz entschieden dieser Sorte von Aufklärung, und rief, als Hr. Minister Jolly Excellenz frischen zugriff, die Hilfe der Gerichte an. Diese traten, zu ihrer Ehre sei es gesagt, sofort entschieden auf Seite des Rechtes, und schützten die Eigenthümerin, die Kirche, im Besitze ihres Vermögens. Hr. Jolly Excellenz aber weiß sich zu helfen. . . . (Aus wohlwollender Respekt vor einem gewissen Paragraphen sind wir so bescheiden, nicht wörtlich wiederzugeben, wie das „Wie“ von dem Verfasser des gegenwärtigen Aufsatzes näher bezeichnet wird. Es ist da von der Anwendung einer säuberlichen Theorie die Rede, kraft deren man einem Jeden sein Hab und Gut wegnehmen könnte, und zwar von Rechtswegen, wenn nur die formelle Legalität durch Mehrheitsbeschluß einer legislativen Körperschaft, die sich nach Umständen gegenstandsgemäß bilden lasse, eingehalten werde. Das ist übrigens auch von uns oftmals schon hervorgehoben worden.)

Der Verfasser dieses Artikels der „Sächsischen Ztg.“, welcher wir denselben entnehmen, ist nun der Meinung, das sei bei uns in Baden fertig gebracht mit Hilfe einer Anzahl „freisinniger“ Bürokraten, „liberaler“ Burgeois, „fortschrittlicher“ Advokaten, „benehmt et-welchen geistreichen Reformjuden“, ein Gesetz komponirt

worden, auf Grund dessen nach Herzenslust zugegriffen, anektirt und eingesackt werden könne, wo etliches Kirchengut nach zusehendem Verschmachten sich vorfinde. Fünf badische Abgeordnete haben darüber die Kammer verlassen, aber was kann das verschlagen? Es sind ja Katholiken, und die sind im liberalen Baden. . . .

Ja, etwas Anderes wäre es, wenn es sich darum handelte, etwa den Rothschild legaliter zu depoffebiren, oder, wie sonst der Ausdruck lautet, zu säcularisiren. Hui, wie würde da die ganze europäische Presse auf-fahren, und wie würden da die Kammern protestiren vom Manzanarez bis zum Kalenberg und von der Spree bis zum Arno!

So aber handelt es sich nur um das Eigenthum einer christl. Kirche. . . .

Damit wollen wir unsere Einleitung schließen, und mittheilen, was Hofrath Zöpfl in Heidelberg, ein guter Patriot und ehrenwerther Jurist, über besagten badischen Gesetzentwurf zur Annectirung der Stiftungen anzuführen weiß. Wir finden darüber in der „Augsb. Allg. Ztg.“ Folgendes:

„Kürzlich hat Hofrath Zöpfl, Professor in Heidelberg, in einer bei Herder in Freiburg erschienenen Schrift die wesentlichsten Bestimmungen jenes Gesetzentwurfs einer gründlichen Beleuchtung unterworfen, aus welcher wir wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes nur einige Punkte hervorheben wollen. Es ist eine weitverbreitete Ansicht der modernen Staatsberater, daß, wenn die in der Verfassung vorgeschriebenen Formen für die Errichtung eines Gesetzes beobachtet worden sind, eben damit auch über die Befugnis der Staats-regierung zur Erlassung des Gesetzes an sich endgültig entschieden sei; aber diese Theorie von der Omnipotenz des modernen Staats ist, historisch wie dogmatisch betrachtet, geradezu unrichtig, abgesehen davon, daß sie geradewegs wieder zur Herrschaft des Despotismus führen würde. In der Blüthezeit des römischen Rechts war sie eben so unbekannt, wie im älteren deutschen Recht, ihren Ursprung aber hat diese Theorie in dem bekannten Satze des kaiserlich römischen Juristen: quod principi placuit, habet legis vigorem, und von da ist sie in dem Gewande des Etat c'est moi bereitwilligst Aufnahme in Deutschland. Nun aber, da der von der Mehrheit einer Volksvertretung ausgeübte Despotismus weder weniger fühlbar ist als der von einem Alleinherrscher geübte, noch auch an seiner Rechtmäßigkeit dadurch gewinnt, daß er sich in konstitutionellen Formen bewegt, steht jene Theorie nicht nur mit dem eigentlichen Grundgedanken jedes Liberalismus, sondern auch mit den Grundsätzen des öffentlichen Rechts in grellem Widerspruche, denn nach diesem wie jenen erscheint die Verletzung bestehender Privatrechte absolut unzulässig, und bilden diese die Grenze der gesetzgebenden Gewalt. Zöpfl weist weiter nach, daß mit Rücksicht auf die ausdrücklich in der Verfassungsurkunde anerkannten Religionstheilen wie den Einzelnen garantirten Rechte der individuellen Frei-

heit und des Eigenthums ein solches — wenn auch formell zu Stande gekommenes — Gesetz nichts-bestoweniger als ein materiell verfassungswidriges be-handelt werden müßte, zumal da es seine Wirksamkeit nicht auf künftig entstehende Stiftungen beschränke, son-bern gerade vorzugsweise auf alle bestehenden kirchlichen Stiftungen erstrecke. Zu all diesen Erwägungen kommt noch, daß das zur Zeit in Baden bestehende Rechts-verhältniß auf der Verordnung vom 20. Nov. 1861 beruht, welche auf Grund einer Vereinbarung der Staats-regierung mit dem erzbischöflichen Stuhl erlassen wurde, und daher nicht einseitig zurückgenommen werden kann. Hieraus erhellt, daß ein neues Gesetz nur nach vor-gängiger Zustimmung der obersten Kirchenbehörde er-lassen werden kann.

— So weit Zöpfl.

Was den Werth des Protestes, welchen genannte Abgeordnete gegen den Gesetzentwurf erhoben, noch er-höhen muß, ist die Unterschrift des als besten Juristen im obersten Gerichtshofe bekannten Abg. Köhler, der von den Gegnern bisher zum bekannten Festungsoberer nicht gerechnet wurde. In gleicher Weise ist die herr-schende Partei gegen die beiden Demokraten in der zweiten Kammer, v. Feder und Kayser, mit Zorn er-füllt; denn auch sie haben es gewagt, dem Stiftungs-gesetz ihren Beifall zu versagen. Zu ihnen haben sich noch die Abgg. v. Sulat und Mühlhäusser gestellt, so daß die Seite der Opponenten aus den hervorstechendsten Elementen zusammengesetzt ist.

— Konstanj, 24. Jan. (Schluß des gestern abgebro-chenen Berichtes.) Einer der Gemeinderäthe erhebt sich, be-ginnt Elogen auf Stromeyer, verwickelt sich in einen Satz, bleibt stecken, und endet: „Ich kann nicht weiter.“ Er setzte sich langsam. Gelächter. Die Redner hatten den Boden der Frage verlassen und zu Abschweifungen die Zuflucht genommen. Gürtler Wirth machte hierauf aufmerksam und bat, bei der Sache zu bleiben und präzis zu fragen: „Ja oder Nein“. Stromeyer fand, daß die Zeit für die Abstimmung zu spät sei u. pro-ponirte, eine Einzeichnungsliste bei den Bürgern zirkul-iren zu lassen. „Dann aber“ — erklärte Gürtler Wirth, „müssen wir verlangen, daß die Kommission auch von unserer Partei vertreten sei.“ — „Das ist ein Mißtrauensvotum gegen die Gemeindebehörde“ — entgegnete Stromeyer, und das geht nicht.“

Aus dem Berichte der „Konst. Ztg.“ fügen wir noch bei: Es war Gemeinde- nicht Bürgerauschüß-Verammlung, an der sich von 658 stimmberechtigten Bürgern etwas über 400 betheiligten. Nach Aeuße-rungen der „Konst. Ztg.“ zu schließen, scheint die sog. liberale Bourgeoisie sich ferne gehalten zu haben. Wir entheben dem Berichte der „Konst. Ztg.“ einige be-zeichnende Stellen. Bezüglich des Vortrages des Hrn. Stromeyer über die wirtschaftliche Seite des Antrages sagt Hr. Ammon, der zweifelssohne der Verfasser des Berichtes ist:

kommt die Kunde von zwei Explosionen von Paraffin-Del, wo-bei mehrere Menschenleben verloren gingen.

Triest, 20. Jan. Die „Levantepost“ meldet aus Konstanti-nopel, 15. Jan.: „Dem „Levant Herald“ zufolge hat der Vice-könig von Aegypten, um die Kosten der letzten Feste zu decken, eine Extrasteuer von 15 Piaßtern per Feddan auferlegt und be-abzichtigt, ein Zwangsanlehen von 15 Millionen Pfund aus-zuschreiben.“

Koblenz, 20. Jan. Der wegen einer im vorigen Jahre bei Horchheim erfolgten Tödtung eines Eisenbahnbeamten ange-klagte Premierlieutenant Jgel wurde heute von dem hierzu berufenen Militärgericht zu Reuwid abgeurtheilt. Das Resul-tat des Urtheils ist noch ein Geheimniß und bedarf der Bestä-tigung des Königs.

Zürich, 20. Jan. Am 18. d. starb zu Rüschnacht der vielbe-rühmte eidgenössische Schützenmeister Kantonstath S. Obrist im Alter von 57 Jahren. — In Rapperswil (Kanton St. Gallen) ist ein polnisch historisches Museum gegründet worden, das die-geht durch die Feinde Polens der Zerstörung ausgeföhren na-tionalen geschichtlichen Erinnerungen zu erhalten bezweckt.

## Kran!

Montag, den 31. Jan. d. J.

— am Vorkabath heimgehender Staats-Duplikats-Register-Schre berei.

Allgemein literales Casino sammt Bürgerabend in Messkirch (Logia „Simon“.)

„Das graue Haupt der guten Sache.“

Latomus.

## Berührendes.

Vom Hegau. Liebe „Freie Stimme!“ Heute las ich in der jüdischen Geschichte des Flavius Josephus (Buch XVIII., un-mittelbar vor der Stelle, wo von Christus die Rede ist), daß Pilatus den Juden ein neues Stiftungsgesetz gab, wornach er aus dem Tempelschatz eine Brunnenleitung anlegen ließ. Als aber die Juden dagegen murrten, ließ er eine Menge derselben durch verkleidete, mit Dolchen bewaffnete Soldaten niedermeßeln. Das ist mehr als Maffatt!

— In Breslau ist ein „Lyzeum für Damen“ eröffnet wor-den, in welchem Collegia über Kunstgeschichte, Literatur- und Kulturgeschichte, Pädagogik, das Wissenswerthe auf dem Ge-biete der Naturwissenschaft, Weltgeschichte und Hauswirtschafts-chemie gehalten werden. Später soll auch Musik, Gesundheits-Volkswirtschaftslehre und Botanik in den Lehrplan aufgenom-men werden.

— In Gloucester, einer Stadt des Staates Massachu-setts, hat die Emancipation der Frauen bereits einen für das stärkere Geschlecht sehr wünschenswerthen Fortschritt gemacht. Die jungen Damen dieser Stadt haben nämlich vor Kurzem einen feinen Ball arrangirt, wozu sie nicht nur die Herren ihrer Bekannnischaft einluden, sondern auch die sämmtlichen Kosten aus eigener Tasche bestritten.

— In San Francisco erscheinende Zeitungen warnen vor gefälschtem Thee, der aus den Blättern des californischen „Charragai“ und anderer Sträucher gemacht wird, die in gro-ßen Mengen nach China gesandt werden, um von dort als echt

chinesischer Thee, dem sie an Geruch und Aussehen sehr nahe kommen, zurückexpedit zu werden.

Petersburg, 16. Jan. Einen schmerzlichen Eindruck hat auf das hiesige Publikum die ärztlich festgestellte Thatfache ge-macht, daß hier vor einigen Tagen ein Student der Medizin, der sich bereits im siebenten Semester befand, buchstäblich ver-hungert ist. Man macht der Regierung mit Recht Vorwürfe, daß sie die früher bestandenen Studentenvereine zur gegensei-tigen Unterstützung aufgelöst und verboten hat. — Ein kais. Befehl vom 14. Jan. ordnet den Entwurf eines neuen Eisen-bahnnetzes an, welches außer den 2000 Werst der früheren 5 Linien, deren Bau am 27. Dez. 1868 genehmigt war, 800 Werst der Kaukasusbahn und 3000 bis 4000 Werst neuer, dem Handel und der Industrie nützlicher Linien umfassen soll.

(Alter schützt vor Thorheit nicht.) In Tokaj hat sich, wie die „Reform“ erzählt, ein 81jähriger Greis in ein 14-jähriges Mädchen verliebt und bei den Eltern um ihre Hand angehalten, welche natürlich, nicht wenig erstaunt, die seltsame Vererbung mit Hinweis auf die Jugend des Mädchens ab-lehnten, das ja noch ein Kind sei. Damit wollte sich jedoch der alte Herr nicht abweisen lassen, sondern sagte, gleichsam beruhigend: Das macht nichts, ich werde schon warten, wenn es auch noch vier oder fünf Jahre dauert.“

— Aus Irland, Bahnstation Ballyshannon, meldet man die Beschagnahme einer Kiste voll „Eingemachtem“, wie die Adresse angab, die aber in Wirklichkeit acht prächtige Hinter-lader und einen großen Vorrath Patronen enthielt. Eben daher



„Der ebenso gründliche als klare Vortrag würde unter anderen Verhältnissen die lebhafteste Anerkennung gefunden haben; heute war die Stimmung eine so widrige, daß schon das stillschweigende Anhören als eine Anerkennung angesehen werden mußte.“

Hr. Stromeyer äußerte sich in gereizter Weise über Beschuldigungen bezüglich der Verwaltung. Die „Konst. Ztg.“ berichtet:

„Als er hierbei nochmals das offenbare Emporblühen der Gemeinde hervorhob, den günstigen Stand der städtischen Finanzen, der eine solche Aeußerung als eine unbegründete, und da der betreffende Redner sich nie die Mühe gegeben habe, das städtische Rechnungswesen zu ergründen, als eine frivole kennzeichnete, da wagten sich endlich Beifallsbezeugungen hervor. Als aber kurz darauf Hr. Stromeyer fortfahrend erklärte, besonders verlegt habe ihn der weitere Vorwurf, daß man auf die Abstimmung der Bürger bei (mittels?) der Vergabung der städtischen Arbeiten einen Druck auszuüben suche, als er frag, ob ihm auch nur ein Bürger jemals eine solche unbecrchtigte Einwirkung nachzulegen könne, da war Hr. Gürtler Wirth in seinem Element: er wußte einen Meister zu nennen, der beim Bau des neuen Krankenhauses, trotz dem sein Soumissionsangebot das niederste war, eine Lieferung nicht erhalten hatte.“

„Die Anführung dieses Faktums, vorgetragen durch einen so populären Redner wie Hr. Wirth, sagt die „Konst. Ztg.“, genügt der Opposition zu jubelndem Beifall.“ Bürgermeister Stromeyer gab Erklärungen, diese Beschuldigung abzuwälzen. Die „Konst. Ztg.“ fährt fort:

„Der Zwischenfall wurde übergangen und Hr. Stromeyer führte seinen Vortrag zu Ende. Aber der Uebermuth der Opposition war nun einmal entfesselt. Redner traten für dieselbe nur zwei auf: Hr. Deutter-Böttlin, dem wir gerne zuerkennen, daß er sich maßvoll und an die Sache hielt, der aber dafür auch beim Beifall zu kurz kam, und Hr. Gürtler Wirth, dessen persönliche, leblich auf den Argwohn der Menge berechnete Ausfälle von der Opposition laut bejubelt wurden. Alle Gründe, alle Warnungen prallten an der festgeschlossenen Phalanx der Opposition ab. Daß die Redner für die Abtretung hiernach einen schwierigen Stand hatten, wird man wohl glauben; Mancher der sprechen wollte, hat wahrscheinlich in Folge dieses Tons der Debatte vorgezogen zu schweigen. Wir können dies wohl entschuldigen, soweit es Bürger betrifft, die nicht Mitglieder der Gemeindekollegien sind. Daß aber der ganze Gemeinderath und der engere Ausschuß 2 1/2 Stunden dasaß, ohne daß nur ein Mitglied das Wort ergriffen hätte (mit Ausnahme des Hrn. Stek, der durch eine persönliche Bemerkung dazu veranlaßt wurde), daß die sämtlichen Herren, welche doch Arbeit und Ehre mit dem Bürgermeister theilen, sich nicht veranlaßt sahen, denselben irgendwie zu unterstützen, darüber hat man wohl ziemlich allgemein sein Bestimmen nicht unterdrücken können.“

Die „Konst. Zeitg.“ schließt ihren Bericht mit folgendem Stoßseufzer:

„So endigte eine denkwürdige Gemeindeversammlung, denkwürdig nicht nur wegen des für unsere Stadt wichtigen Gegenstandes, der sie beschäftigte, sondern denkwürdig auch wegen des Materials, welches diese Versammlung wider Willen zur Beurtheilung der in Schwere befindlichen Gemeindeverfassungsvorschläge geliefert hat.“

Wir glauben zu der Sache auch ein Wort reden zu dürfen. Die Lägermoosangelegenheit hält schon längere Zeit die Gemüther in Aufregung. Es wurde gegen das Projekt angelämpft; man kannte die Stimmung, den Volkswillen, wollte aber, nach den seitherigen Verhältnissen gewohnt, Alles durchzusetzen, auch in dieser Frage dem Herrscherwillen der seither tonangebenden Partei Genüge thun. Der Berichterstatter der „Konst. Ztg.“ spitzt auf Reaktion, weil der Partei die Opposition der Wahrheit lästig ist. So sind diese „Liberalen.“

Der Bericht der „Konst. Ztg.“ läßt erkennen, daß in dieser sehr erregten Bürgerversammlung lang verhaltener Groll gegen die herrschende Partei und deren Verwaltung sich entlud. Es war vorauszusetzen, daß dieses bei der ersten Gelegenheit erfolgen werde, denn in Konstanz hat man es parteiherrschaftlich denn doch gar zu bunt getrieben.

⊕ Vom Neckar, im Jan. Ihrem Hrn. Redakteur ist reichliche Mühe verschafft zum Nachdenken über seine politischen Sünden. Bei dem rechten Lichte betrachtet, hat das „Sitzen“ insofern etwas Gutes; es ist gleichsam eine Wohlthat, man könnte sagen ein modernstaatliches Humanitätsgeschenk. Für solche schwarze „Staatsfeinde“ kann es Günstigeres kaum geben als gehöriges „Sitzen“. Es kurt sie vielleicht von ihrem politischen Irrglauben. Nein auf flacher Hand liegt es ja, daß nur konstitutionelle Regerei in einem weit und breit berühmten modernsten Staate das Unterfangen wagen kann, gegen eine herrschende Partei und deren System, gegen Parteimänner im Amte, gegen Minister und deren Handlungsweise sich kritizierend auszulassen. Welcher Minister, der darauf Anspruch macht, ein Staatsmann zu sein, wird dergleichen ungeahndet zusehen! Zwar treibt der

neue französische Justizminister, Hr. Olivier, auch solche Regerei; allein dieser Mann ist ein Neuling in der Staatskunst, kennt den Comment der Strammheit nicht, hat die rechte Lust noch nicht geathmet. Solcher Stümper führt sich mit Grundätzen ein, die Schauder erregen. Es sprach dieser schreckliche Mensch in greifbarer Behörung vor versammelter Kammer aus, er wolle in der Presse den Meinungen, Diskussionen, Kritiken, gegen sich und seine Regierung, selbst wenn sie ungerecht seien, und alles Maß überstiegen, volle Freiheit lassen — halten Sie mich, sonst fall' ich um! Wie soll bei solchen Maximen ein Minister sich im Sattel halten können! Dieser neugebackene französische Staatslenker hätte nöthig, erst noch eine Zeitlang in die rechte Schule zu gehen. Er will sich stark fühlen durch Freiheitsgewährung, dieser Hr. Olivier; welche Schwachheit! Zu was wird er es damit bringen können? Nicht einmal zu einem Schloßhauptmann wird's ihm reichen. Sie fragen: wie so? Wissen Sie nichts davon, daß Hr. Redakteur sich die Ehre ersitzen wird, Schloßhauptmann genannt zu werden? Ein befreundetes Blatt hat ihm diese Anwartschaft zugesprochen. Das Sitzen wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung muß doch auch etwas eintragen, und wäre es nur die Titulatur als Schloßhauptmann im ehemals Baden-Baden'schen. Nicht wahr, lebenswürdigste Durlacher Landeszeitungs-Physiognomie? Die „Alte“ weiß am besten, auf was das Sitzen gesetzt ist, wollte sagen: was gesetzt ist für das Sitzen. — Sitzen wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung; wie sehr hat der Sünder nöthig, Buße zu thun! Ist er doch mit der Schuld beladen, daß die ultramontane Staatsfeindlichkeit noch keinen Stoß erhoben, kein Messer gezückt, kein Pflaster aufgerissen, keinen Kanzeleitsch zertrümmert, keine Fenster-scheibe eingeworfen, keinen Waffenladen geplündert, keinen auführerischen Ruf ausgestoßen, keine Katzenmusik gebracht hat, ja daß dieselbe nicht einmal einen Skandal wie der Heidelberger und auch kein Attentat, ein vielweniger ein Attentat vom Mannheimer Genre aufweisen kann. Groß ist die konstitutionelle Regerei, welche staatsfeindlich macht, zur Staatsverbrecherei und schließlich in das „Loch“ führt. — Hören Sie nicht auf die Schwarzlehre des Hrn. v. Waenker (von einem Schwarzen versteht sich das ja am Rande), wenn er sagt, es sei auf die Ruinirung der kath. Presse abgesehen; richten Sie sich vielmehr nach dem ehr- und tugendhaften Beispiel ihrer Nachbarin, der „Vdszta.“, loben Sie die Minister, schwärmen Sie heidenmäßig für die „nationale Politik“, ziehen Sie gegen die Pfaffen los, heben Sie die Kammerliberalen, besonders den Panegyriker des Ulrich von Hutten, in den Himmel, und ich gebe Ihnen mein Wort darauf, Ihr Redakteur erhält den Titel als Schloßhauptmann nicht.

Berlin, 24. Jan. (N. Z.) Die Ankunft des Erzherzogs Karl Ludwig erfolgte gestern Abend etwas nach halb 9 Uhr. Auf dem Perron des Bahnhofes war eine Ehrenkompagnie des Kaiser Alexander-Regiments mit der Regimentsmusik aufgestellt, welche letztere die österreichische Nationalhymne anstimmte, als der Erzherzog in den Bahnhof einfuhr. Der Kronprinz und sämtliche Prinzen des k. Hauses hatten sich zum Empfang des Erzherzogs auf dem Bahnhof eingefunden, meist in der Uniform ihrer österreichischen Regimenter und geschmückt mit österreichischen Orden und Ordensbändern, während der Erzherzog die Uniform seines preussischen Regiments, des ostpreussischen Ulanen-Regiments No. 8, trug, bedeckt mit den Insignien preussischer Orden. Die Begrüßung war gegenfeitig eine recht freundliche, ohne gerade herzlich genannt werden zu können. Nach Beendigung der Vorstellungen führte der Kronprinz den Erzherzog zum Wagen und fuhr mit demselben zum Schloß, von wo aus der letztere sofort dem König und der Königin seinen Besuch machte. Am Bahnhof waren ungefähr 4—5000 Menschen versammelt, die in dem Augenblick, in welchem der Erzherzog und der Kronprinz den Wagen bestiegen, in ein wiederholtes Hurrageschrei ausbrachen.

Berlin, 24. Jan. Fünfzehn enggedruckte Spalten des „Staatsanzeigers“ verkünden dem Volke heute die Fülle der Adler und Kreuze, die sich über die Männer von Verdienst ergossen hat. Unter den Glücklichen finden wir auch Lotzar Bucher und — Johann Hoff, ein Beweis, daß in Preußen die Spekulation auch zu Ehren kommen kann. Am dichtesten hat sich der Ordensregen selbstverständlich auf das herrliche Kriegsheer ergossen, während man dekorirte Kreisrichter nur mit Mühe in einzelnen Exemplaren entdeckt. (N. Z.)

München, 25. Jan. Der Beschluß, dem Stiftspropst Dr. Föllinger das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, wurde in der Magistratsitzung mit 22 gegen 6 Stimmen gefaßt. Es fand eine längere erregte Debatte statt, in welcher die sechs Opponenten, meist Rechtsgelehrte, auf die Anzuständigkeit der Gemeindevertretung hinwiesen, mit politischen und religiösen Fragen sich zu befassen. — Der Adress-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat seine Berathungen heute begonnen. Da der von dem Referenten Dr. Jörg vorge-schlagene Entwurf der Adresse vorderhand nicht zur

Veröffentlichung gelangen soll, so diktirte der Referent in der heutigen Sitzung seinen Entwurf den übrigen Mitgliedern des Ausschusses in die Feder, und nachdem die letzten nunmehr auf diese Weise den Adressentwurf des Referenten in Händen haben, wird in einer morgen stattfindenden Ausschusssitzung die Debatte über denselben eröffnet werden.

Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt die Ermächtigung zur Forterhebung der Steuern bis Ende März. Die Kammer wird vor Erledigung der geschäftlichen Aufgaben die Adresse auf die Thronrede berathen.

Man schreibt uns ferner aus München:

Selbst der bayerische Finanzminister, dem in jüngster Zeit, so oft es sich um den Rücktritt des Ministeriums Hohenlohe handelte, noch das Wort geredet wurde, dürfte für den Rücktritt nun ebenfalls reif sein, seitdem der Irrthum in dem der letzten Kammer vorgelegten Budget konstatirt ist und er sich mit der Bemerkung, es werde die beantragte Budgeterhöhung hoffentlich nur eine vorübergehende sein, in die Reihe der vertuschenden Finanzkünstler gestellt hat, die mit ihren endlosen „Hoffnungen“ und Beschwichtigungen die folgenschwersten Täuschungen hervorrufen. Solche Finanzkünstler im Süden sind bismarckische Handlanger, die auf ihrem Felde der Thätigkeit und nach ihren Kräften den Staatswagen möglichen unvermerkt auf preuß. Bahnen überzuführen beflissen sind.

Landau, 23. Jan. Der hiesige „Anzeiger“ schreibt: Das Urtheil des kgl. Zuchtpolizeigerichts in Sachen des katholischen Pfarrers Anton Eichenfelder von Eschbach wurde heute Abend 1/6 Uhr gesprochen; der Angeklagte wurde der Majestätsbeleidigung, sowie der Beleidigung der königl. Staatsregierung und der Kammer der Abgeordneten für überführt erklärt und in das Minimum der gesetzlichen Strafe von einem Jahre, auf einer Festung zu erstehen, sowie in die Kosten verurtheilt.

Wien, 26. Jan. Die Generaldebatte über die Adresse ist geschlossen. Giskra erklärte, das gegenwärtige Provisorium des Kabinetts lege den Ministern Reserve auf, als Abgeordnete jedoch erklärten die Minister ihre vollständige Uebereinstimmung mit der Majoritätsadresse. Giskra weist nach, wie die gegenwärtigen Minister ihr Möglichstes zur Befriedigung der nationalen Autonomie thaten und was sie aus Oesterreich in zwei Jahren machten. Die Minister verschloßen sich nicht der Verbesserungsfähigkeit der Verfassung, sie würden aber nie mit außerhalb der Verfassung Stehenden unterhandeln. Die Minister hätten stets die Wahrung des Gesamtinteresses vor Augen. Sie seien keine Parteiregierung. Im Verlauf der Spezialdebatte erklärte Graf Beust, er schloße sich in Folge der maßvollen Erklärung des Ministers des Innern vollkommen der Majoritätsadresse an und gebe jede Polemik auf. Die Absätze 1 bis 4 des Adressentwurfes wurden angenommen. — Die fünf Minister bleiben; es hat, wie man hört, eine Verständigung zwischen denselben und dem Reichskanzler stattgefunden. Der Abg. Kaiserfeld soll in das Ministerium treten. Auf welcher Grundlage diese Verständigung erfolgt sein möge, ergibt sich aus der eindrucksvollen Rede des Grafen Beust in der Generaldebatte. Der Reichskanzler hatte sich da entschieden für den verfassungsmäßigen Standpunkt, dabei aber auch für die dringende Nothwendigkeit einer Veröhnung der Nationalitäten, wodurch allein die Lebensfähigkeit zu begründen sei, erklärt; er fertigte ferner den Zeitungsklausch und den leider wie eine Krankheit waltenden Pessimismus ab, und wies auf den vortrefflichen Stand der auswärtigen Beziehungen hin. Der Abg. Professor Grutter hielt der centralistischen Mehrheit einen erheiternden Spiegel vor. Er verlas Auszüge aus den Reden einiger „unserer Staatsmänner“ aus der Zeit vor dem ungarischen Ausgleich nach dem stenographischen Protokoll. Nämlich: Kuranda: „Ungarns Verfassung ist nicht bloß gebrochen, sondern auch verwirrt (lebhaftes Bravo links)“ — Schmerling, am Schluß einer Rede, in welcher er auseinander gesetzt, daß der ungarische Landtag aufgelöst worden: „Der Monarch hat seine Pflicht gethan, als er die Zweitheilung des Reichs von sich wies (stürmischer Beifall im Centrum und auf der Galerie)“ — Giskra: „Allen liberalen Männern rufe ich zu: wie schwere Wunden würden der Freiheit durch Restituirung der ungarischen Verfassung geschlagen werden! Darum Aufrechthaltung der (Februar-) Verfassung, nicht nachgeben“ u. s. w.

Zusbruck, 20. Jan. Die Generalversammlung der katholischen Vereine Tirols findet am 16. und 17. Febr. statt.

#### Ausland.

Paris, 25. Jan. Henri Rochefort ist außer sich. Das Urtheil der sechsten Kammer, welche ihn nur zu 6 Monaten Haft und 3000 Frs. Geldstrafe verurtheilt, ohne ihm seine bürgerlichen Rechte zu nehmen, hat seinen ganzen Zorn hervorgerufen. Paris ist ruhig geblieben, nicht die geringste Manifestation hat ob der Verurtheilung des Deputirten des ersten Wahlkreises stattgefunden. Dessen Anhänger kommen eben nach und



nach zur Einsicht. Ist derselbe nun bitter entrüstet, daß seine Freunde den 22. Januar nicht wieder zu einem kleinen Emeute-Versuch benützten, so trifft ihn der milde Richterpruch und der Spott, dem er überall begegnet, noch härter. Vergebens hatte er gehofft, das Tribunal würde ihm durch Anerkennung des höchsten Strafmaßes, Verlust der bürgerlichen Rechte u. ein Pöbelstahl schaffen, aber nichts von alledem ist in Erfüllung gegangen. Sowohl der öffentliche Ankläger, als die Richter haben ihre Milde bewiesen und während Samstag früh Rochefort in seiner „Marsaille“ auf sehr einfältige Weise glauben machen wollte, daß er fünf Jahre lang auf feuchtem Stroh schlafen müsse, wenn man nicht vorzöge ihn zu vergiften (!), wurde er höchst milde behandelt, um wahrscheinlich beim Erscheinen des neuen Preßgesetzes ganz amnestirt zu werden. Das wird der Gnadenstoß sein! Rochefort fühlt das sehr gut, aber wie er eben kein Diplomat, kein feiner Politiker ist, so kann er seinen Aerger nicht verbergen und macht demselben täglich früh in einem schlecht geschriebenen Artikel Luft. So schreibt er gestern, das Urtheil sollte eigentlich so lauten:

„Hätte Rochefort zur Revolte angeeifert, wäre er zur Galcere verurtheilt worden, weil er das aber nicht gethan, wird er auf 6 Monate verdonnert.“

Der „Constitutionnel“ antwortet hierauf sehr richtig: „Hr. Rochefort irrt sich. Er vergißt die mildernenden Umstände. War es nicht er, der seine Freunde beschwor, mit der Leiche Viktor Noir's nicht nach Paris zu gehen; zerstörte er nicht auf diese Weise selbst die Aufregung, die seine Artikel hervorgerufen? Hat er nicht durch seine rechtzeitig eingetretene Ohnmacht, von der er sich befallen ließ, die Emeute ihres Chefs beraubt?“

„Alle diese mildernenden Umstände, welche von den Richtern auch anerkannt wurden, motiviren hinlänglich das erfolgte, so mäßige Urtheil.“

Diese heizende Satyre, welche natürlich alle Lacher um sich vereinigt, geht nicht nur Rochefort, sondern das ganze Treiben der radikal-revolutionären Partei. Das gelinde Urtheil ist ein neuer Sieg des Kabinetts, das sich täglich mehr und mehr in der öffentlichen Meinung befestigt und dessen Anhänger immer zahlreicher werden. Rochefort wird es wohl schwerlich auf diese Weise gelingen „ein großer Mann“ zu werden.

An der geistigen Börse herrschte eine ziemliche Baifse, die Rente fiel um 40 Ct. Ursache hiervon waren verschiedene falsche Gerüchte, welche zirkulirten und auch geglaubt wurden. So hieß es, der Kaiser sei wieder sehr leidend geworden, das Ministerium befinde sich wegen Meinungsverschiedenheiten in voller Auflösung. Beide Nachrichten entbehren jeder Begründung. — Der Kaiser hat gestern in Begleitung des Fürsten und der Fürstin Metternich, sowie in Begleitung mehrerer anderer Gäste, einen Jagdausflug gemacht. Die Minister sind im besten Einvernehmen und vereinigen sich beinahe täglich, um die notwendigen neuen Institutionen zu beraten. Auch die von Hrn. Schneider feindlich gesinnten Blätter gebrachten Berichte aus Kreuzot, welche die dort herrschende Gröbe als sehr gefährlich und bedeutend zu schildern suchten, entbehren der Begründung. Die letzten Berichte im Gegentheil gehen dahin, daß mehr als zwei Drittel der Arbeiter wieder in den Werkstätten erschienen.

Das „Journal de Paris“ berichtet, daß Hr. Rouher seit der Constituirung des neuen Ministeriums und namentlich seit den oratorischen Erfolgen der Herren Ollivier und Daru gänzlich seinen Kredit beim Kaiser verloren, der vollkommen dem neuen liberalen Systeme zustimmt. Daher auch die gereizte Stimmung der Blätter und Publizisten, die mit Rouher in Verbindung stehen. — Mehrere Blätter, sagt „La Patrie“, kommen neuerdings mit der Nachricht einer bevorstehenden Armeeerduktion. Wir können versichern, daß weder ein ähnlicher Antrag im Ministerium zur Sprache kam, noch überhaupt jetzt verbreitet wird. — „Rapp.“ kündigt an, daß in Folge der vier Verurtheilungen, welche Hrn. Piat getroffen, dieser tapfere (?) Kämpfer der Freiheit es vorzieht, auszureizen, um in London gemüthlich zu leben. Glückliche Reise!

† Paris, 26. Jan. Im gesetzgebenden Körper erklärte der Handelsminister Louvet, die Regierung werde einen Gesetzesvorschlag über die durch die Verträge bestimmten Tarife vorlegen und die Kammer werde denselben in aller Freiheit beraten. Die Regierung werde das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung annehmen.

London. (Urtheil eines Protestanten über die Infallibilität.) Der Redakteur der berühmten englischen Zeitung „Diplomatic Review“, welcher Protestant und zur Zeit in Rom ist, unterrichtet in obiger Zeitung seine Leser über die päpstliche Unfehlbarkeit gegenüber dem Mißverständnis und den Entstellungen in andern Zeitungen in folgender Weise:

„Ich bin nicht ohne Besorgniß wegen der Frage der „Unfehlbarkeit“, aber nicht auf Ihre Gründe hin. Ich kann Sie versichern, daß sie keine Neuerung von Seite des Papstes oder der Jesuiten ist, und daß sie kein Schisma in der Kirche hervorrufen wird, um den möglichen guten Erfolg des Concils zu ruiniren. Sollte mit dieser Frage Verwirrung entstehen, so hat nicht

sie eine solche Verwirrung hervorgebracht, sondern der Umstand, daß sie gebraucht wird, um zu andern Zwecken solche zu bewirken. Die Längnung der Infallibilität bedeutet einfach: Einführung der Religion Ludwigs XIV. von 1688, und der Napoleon's von 1801 für die ganze kath. Welt ohne den großen Monarchen und den Riesen der Schlachten; es heißt den Gliedern das Haupt absprechen; es heißt, den Papst zum Haupte des hl. Johannes des Täufers machen, nachdem er vom Körper getrennt war und auf der Schüssel lag; es heißt, den Leib zu einem Leichnam machen und sein Fleisch in Verwesung übergehen lassen; es heißt überdies für einen Katholiken, seinen Glauben verläugnen; denn sein Glaube beruht in den Concilien; diese sind aber klar und gebietend. Kein Katholik kann sie ohne Apostasie läugnen. Dreihundert Jahre sind ohne ein Concil vorübergegangen. Das gegenwärtige ist vom Papst zusammenberufen; was will man mehr? Unter vernünftigen Menschen kann die Frage über das rechtliche Bestehen der Infallibilität nicht erhoben werden. Sie kann nur mit Beziehung auf dessen Zwecke diskutiert werden, und diese sind natürlich klar genug: das Concil muß sich eben seine Macht erhalten, und es wäre nicht klug oder möglich, der italienischen Armee freien Spielraum zu geben, das ist der schwache Vorwand der Gegner. Es ist ein „Bischof“ anstatt eines „Generals“ und nichtige Täuschungen für wirksame Geschütze.

Und was ist denn die Unfehlbarkeit? Glauben Sie, es sei ein Dogma oder eine Lehre, daß der Papst proprio motu thun oder sagen kann, was ihm beliebt, und jeder Katholik muß dazu Amen sagen? Ja, wenn Sie sich beunruhigen wollen, müssen Sie so etwas glauben. Anstatt es das Dogma der Infallibilität zu nennen, so hätte es die „Verpflichtung zu widersprechen“ genannt werden sollen. Die Infallibilität des Papstes bedeutet, daß er verpflichtet ist, einer neuen Erklärung zu widersprechen. So kann und muß der Papst eine Häresie verurtheilen, einen Häretiker excommuniciren, einen Geistlichen in diesem Falle absetzen, und so seine Autorität als oberster Führer, und die Einheit des Glaubens zu wahren. Nehmen Sie diese Macht vom Papst, und Sie geben ihm den Rang irgend eines Gentleman. Ich bin kein Katholik, doch würde ich mit keinem Mann verkehren, welcher bekennen würde, er glaube an die Kirche, und doch die Autorität ihres Hauptes läugnen würde, gerade wie ich mit dem Unterthan eines Königs handeln würde, der gegen seinen Fürsten conspirirte, oder mit einem Mitglied einer Republik, welches gegen die Gesetze oder die Verfassung sich verschwören würde. Für einen Katholiken muß die Macht, nicht dem Irthum zu verfallen, irgendwo ruhen, denn das ist die Grundlage seines Glaubens. Wenn der Papst in irgend einem gegebenen Fall nicht mit derselben Gewißheit, wie sie in den Beschlüssen des allgemeinen Concils ruht, etwas aussprechen kann, so ist seine Auctorität virtuell vernichtet, denn dann könnte und würde dagegen an ein Concil appellirt werden. Das ist die praktische Ansicht der Sache; und die Praxis zeigt auch, daß die Einheit des Glaubens wirklich von jener Macht abhängt, welche von Rom stets ausgeübt worden ist, wo immer das Bedürfniß zu deren Ausübung entstand. Innerhalb der Grenzen eines Briefes kann ich nicht versuchen, Beweise hiesür zu geben; ich kann Ihnen nur empfehlen, eine Concilien-geschichte zu studiren und ihre Entscheidungen zu lesen, anstatt Zeitungsartikeln zu glauben, welche von Miethlingen geschrieben sind (paßt gut für die Verfasser der sauberen Artikel der „Allg. Ztg.“), welche in diesem Gegenstand die größte Unwissenheit und die schändlichste Bosheit zur Schau getragen haben.

Eines will ich noch sagen: Wenn je etwas klar ist, so ist es dies, daß in früherer Zeit die Wirkung der Concilien in Erhaltung der Einheit von der Kontrolle abhing, welche der römische Stuhl über sie ausübte. In den schlimmen Tagen, wo einmal mehrere Päpste waren und demzufolge die controlirende Macht nicht existirte, da waren die Folgen augensällig. Doch aus dem damals scheinbar hoffnungslosen Chaos kam Ordnung hervor, jene Phase ging vorbei und ließ die Auctorität Rom's unbestritten; nur die Gallikaner machten eine Ausnahme unter demselben Könige, der verlangte, daß in den Katakomben (wie im russischen) eine Clausel eingefügt werde, welche die Pflicht des unbeschränkten Gehorsams gegen die weltliche Gewalt einschränkte.

### Landtagsverhandlungen.

† Karlsruhe, 27. Jan. Die zweite Kammer hat in heutiger 47. öffentlicher Sitzung den Gesetzentwurf, die Verleihung des Rechtes zur Ausgabe von Banknoten an eine badische Bank betr. mit allen Stimmen gegen diejenige des Herrn Abg. Gerwig nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Karlsruhe, 26. Jan. 18. Sitzung der ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 29. Januar, Morgs. 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichtes der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Forterhebung der

Steuern im Monat Februar 1870 betreffend; Bericht-erstatte: Dennig. 3) Berathung des von Dennig erstatteten Berichtes der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Ermächtigung der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zur Aufnahme weiterer Anleihen betr.; 4) Berathung des Berichtes des Hrn. v. Gemmingen über den Gesetzentwurf, die privatrechtliche Stellung der Wirthschafts- und Erwerbsgenossenschaften betr.; 5) Berathung des zweiten Kommissionsberichtes über den Gesetzentwurf, den persönlichen Verhaft in bürgerlichen Rechts-sachen betr. Bericht-erstatte: Geh. Rath Dr. Herrmann.

✓ Mannheim, 26. Jan. Die hiesigen demokratischen Blätter eröffnen eine „Bad. demokrat. Korrespondenz“ mit Leitartikeln, in denen zur Organisation der demokratischen Partei in unserem Lande, mit Anschluß an die Demokratie im Allgemeinen aufgerufen wird. — Die Sängerin Frln. Stehle aus München gastirt auf hies. Bühne mit dem glänzendsten Erfolge. — Am letzten Sonntag wurde bei einem Kaufhandel ein Zigarrenarbeiter gestochen. Er starb gestern.

Säckingen, 25. Jan. Gestern waren hier im Lokale des katholischen Bürgervereins zahlreiche Vertreter der Gesellenvereine Thingen, Waldshut und Säckingen mit vielen hiesigen Ehrenmitgliedern und Meistern um den hochwürdigen Herrn Diözesanpräses, Domkapitular Weickum von Freiburg, versammelt, welcher in längerer, gediegener Rede den Zweck, die Aufgabe und den gegenwärtigen Stand der Gesellenvereine auseinandersetzte und sich über die Leistungen der anwesenden Vertreter gedachter Vereine sehr günstig äußerte. (Erptr.)

Säckingen, 24. Jan. Das Kloster in Hennematt, Pfarrei Rickenbach, in letzter Zeit eine Erziehungsanstalt gewesen, hat in voriger Woche sein Ende erreicht, indem die darin befindlichen Kinder in ihre Heimath zurückgewiesen wurden. Es wurde von den leitenden Herrn veräußert, Regierungsgenehmigung einzuholen. (L. Z.)

Rom Necker, 25. Jan. Dem verstorbenen Direktor der großh. Taubstummenanstalt, Oberschulrath Pflüger, beabsichtigen die badischen Volksschullehrer ein Denkmal auf seiner Grabstätte zu errichten. Die Kosten sollen von ihnen durch freiwillige Beiträge gedeckt werden.

Aus dem **Zaubertale** wird dem „Pf. Boten“ geschrieben, daß Brautleuten die Trauscheine nicht ausgefertigt worden sein sollen, nachdem alle gesetzlichen Förmlichkeiten erfüllt waren. Es ist die Vermuthung beigefügt, der Grund könne darin liegen, daß die Eheschließungen bis zum 1. Februar verzögert werden wollen. In Borberg wurden, wie der „Pf. B.“ mittheilt, einige Zivilbeamte zur Einvernahme vorgeladen über die Erläuterungen, womit der katholische Pfarrr daselbst die bischöfliche Instruktion bezüglich der staatlichen Zwangsehe begleitete. Der Korrespondent bemerkt u. A., es dürfte am Platze sein, offene Mißbilligung auszusprechen über das inquisitorische System, dem seit der neuen Aera die Geistlichen in ihrem Privatleben, wie in ihrem öffentlichen Wirken ausgesetzt sind; ein diesen Tadel ganz verstärkendes Moment dürfte überdies darin gefunden werden, wenn nicht bloß mehr die gesetzlichen Diener der Polizei, die Gendarmen, zu jener neuartigen Ueberwachung verwendet werden, sondern diese Inquisition auch noch auf solche ausgedehnt werde, die ausschließlich aus innerem Bedürfnisse dem Gottesdienste anwohnen. Mit welchen Gefühlen Solche das Gotteshaus betreten würden, die schon ihrer Stellung wegen ein derartiges Zeugniß nicht wohl ablehnen können, wenn sie keinen Tag sicher seien, als Zeugen gegen ihren eigenen Seelsorger aufgerufen zu werden!

### Neueste Post.

\* Madrid, 26. Jan. Die Niederlage Montpensier's in Ouedo wird in den Cortes als sehr bezeichnend angesehen. Die Wahl Montpensier's zum König ist unwahrscheinlich.

§ Rom, 25. Jan. Der Bischof von Nimes ist schwer krank. Der Papst hat ihn gestern Abends besucht.

† Paris, 26. Jan. In der heutigen Sitzung des gesetzgeb. Körpers wurde die Regierung von den radikalen Abgeordneten interpellirt über die Sendung von Truppen nach Kreuzot.

Gambetta bekämpft energisch diese der Gerechtigkeit zwischen zwei Interessen widersprechenden Maßregeln. Chevandier sagt: Die Instruktionen an den Präfecten beweisen, daß unser einziger Zweck war, die Ordnung und die Freiheit der Arbeit zu beschützen. (Großer Beifall.)

Gambetta behauptet, durch solches Handeln habe die Regierung einen Druck zu Gunsten einer Partei geübt.

Ollivier antwortet.

Der Herzog von Broglie ist gestorben. — Ein Schreiben des Bischofs von Orleans bestätigt, daß die römische Behörde ihm die Erlaubniß, seine Antwort an den Erzbischof von Mecheln zu veröffentlichen, verweigert habe.



